

Krabbelgruppen fordern mehr Geld

Die Gehaltserhöhung in öffentlichen Kindergärten sorgt bei privaten Anbietern für Aufruhr. Sie treffen heute Landesrätin Martina Berthold.

BARBARA HAIMERL

SALZBURG. Höchst angespannt. So könnte man die Stimmung vor dem heutigen Treffen im Chiemseehof beschreiben, zu dem Landesrätin Martina Berthold (Grüne) die Betreiber privater Kinderbetreuungseinrichtungen eingeladen hat. 60 Träger von privaten Krabbelstuben und alterserweiterten Gruppen aus dem ganzen Bundesland haben sich für den Termin angekündigt.

Sie fühlen sich durch die Gehaltserhöhung in den öffentlichen Kindergärten benachteiligt und fürchten um den Fortbestand ihrer Einrichtungen. Ab 1. Jänner steigt das Einstiegsgehalt in den Stadt- und Gemeindekindergärten um 300 Euro brutto.

Das sei für die privaten Einrichtungen ein enormer Wettbewerbsnachteil, kritisiert Erika Karlsböck vom Verein pro domo, der in der Stadt Salzburg vier Einrichtungen betreibt. „Ich möchte, dass die Arbeit meiner 32 Mitar-

„Wir lassen uns vom Land nicht mit Almosen abspeisen.“

Helmuth Schütz, Sprecher

beiterinnen und Mitarbeiter genauso anerkannt wird.“ Es werde auf Dauer nicht möglich sein, das Personal zu halten, geschweige denn frei werdende Stellen nachzubeseetzen. „Unsere Angst ist, dass wir die in vielen Jahren

aufgebaute Struktur und vor allem die hohe Qualität der Betreuung nicht halten können, weil wir nicht genug Personal bekommen.“ Könne man die Stellen nicht nachbesetzen, wackelten auch alle anderen Arbeitsplätze.

Sie gehe nicht davon aus, dass am 1. Jänner alle Pädagoginnen und Pädagogen bei den privaten Trägern die Kündigung einreichen und zu öffentlichen Einrichtungen wechseln würden, sagt Karlsböck. „Viele werden aber bei Gelegenheit auf den Zug aufspringen, und wir werden innerhalb eines Jahres immer weniger Personal haben, keines nachbekommen und müssen zusperrn.“

Karlsböck ist Mitglied in der Plattform privater Kinderbetreuungsträger. Um bei der Gehaltserhöhung mitziehen zu können, fordern die Mitglieder vom Land eine Erhöhung der öffentlichen Förderung von 100 Euro pro Kind und Monat. „Das sind im Jahr 3,7 Mill. Euro“, sagt Sprecher Helmuth Schütz.

Im Bundesland gebe es 128 Einrichtungen mit 228 Krabbelgruppen und 101 Einrichtungen mit 146 alterserweiterten Gruppen. Private Rechtsträger hätten 2015 22 Prozent aller Kinder bis zu sechs Jahren betreut, hier seien die Kindergärten inkludiert. Insgesamt seien 31 Prozent der Pädagoginnen und Pädagogen bei privaten Trägern angestellt.

Derzeit bekommen Betreuungseinrichtungen für jedes Ganztagskind unter drei Jahren 836,10 Euro im Monat. Das Land bezahlt davon 60 Prozent, die Gemeinde 40 Prozent. Diese Förderung fließt bei den Privaten zur Gänze in die Bezahlung des Personals. Nicht abgedeckt sind da-



Erika Karlsböck mit Kindern aus der

Krabbelgruppe Simsalabim II in Salzburg.

BILD: SN/ROBERT RATZER

mit alle anderen Kosten wie jene für Miete, Reinigung, Verwaltung, Infrastruktur und höhere Löhne für langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Träger der Privaten sind allesamt gemeinnützig und dürfen somit keine Gewinne machen.

Im Büro von Landesrätin Berthold versucht man zu beschwichtigen. Es werde heute bei dem Gespräch ein Angebot zur Verbesserung der Gehaltssituation in privaten Einrichtungen geben. „Uns ist bewusst, dass durch die Gehaltserhöhung in den öffentlichen Kindergärten eine Schiefelage entstanden ist“, sagt Bertholds Sprecher Philipp Penetzdorfer. Das Angebot sei als Übergangslösung gedacht, bis das neue Kinderbetreuungsgesetz in Kraft sei.

Mit dem neuen Gesetz sei nicht vor 2017 zu rechnen, sagt Schütz. Man werde sich bei dem heutigen Treffen sicher nicht „mit Almosen abspeisen lassen“. Es sei unmöglich, die Elternbeiträge weiter zu erhöhen. In der Stadt Salzburg, wo ausschließlich Private die Betreuung der unter Dreijährigen anbieten, kostet ein Vollzeitplatz in einer Krabbelgruppe im Schnitt 385 Euro und

in einer alterserweiterten Gruppe 415 Euro. Der erlaubte Höchstbetrag beträgt 440 Euro.

Viele Einrichtungen hätten aus eigener Tasche bereits die Kürzung der Landeszuschüsse zu den Elternbeiträgen ausgeglichen, sagt Schütz. Das Land hatte im Herbst 2014 die Zuschüsse für die Kinderbetreuung in Krabbelgruppen und Kindergärten auf 25

Euro für einen Ganztagesplatz und auf 12,50 Euro für einen Halbtagsplatz pro Kind und Monat halbiert. Auch die Eltern machen mobil. Sie haben sich zu einer Initiative zusammenschlossen. Bisher wurden mehr als 1400 Unterschriften gesammelt. „Leider dürfen wir an dem Gespräch nicht teilnehmen“, sagt Sprecherin Nora Gau.



ÖFFENTLICHER KINDERGARTEN:



PRIVAT-KINDERGARTEN:

Der kleine Unterschied ...

WWW.SALZBURG.COM/WIZANY